



Rülke: Stoch zeichnet falsches Bild der baden-württembergischen Schullandschaft

Mit scharfer Kritik an Kultusminister Andreas Stoch und der Schulpolitik der grün-roten Koalition reagierte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, auf die Ausführungen des Ministers vor der Presse zum Schuljahresbeginn. „Es ist eben ganz einfach nicht wahr, dass die bisherigen Sparmaßnahmen der Landesregierung die Qualität unseres Schulwesens nicht beeinträchtigt hätten“, sagte Rülke. Die Kürzungen im Bereich der Anrechnungsstunden, der Kahlschlag bei der Hausaufgabenbetreuung und insbesondere das leichtfertige Gerede des Ministers in Interviews hätten zu einem in dieser Form noch nicht erlebten Stimmungstief an den baden-württembergischen Schulen geführt. Wer wie Minister Stoch sich über die Sonderaufgaben der Lehrer lustig mache und ihnen mit zwangsweisen Betriebspraktika in den Ferien drohe, der mache deutlich, dass es ihm als Minister an der notwendigen Wertschätzung für seinen Verantwortungsbereich mangle.

Er halte die 87 neuen Gemeinschaftsschulen auch nicht für eine Erfolgsmeldung, so Rülke weiter. Nach wie vor sei diese neue Schulform unzureichend vorbereitet und komme vor Ort vielfach nur mit den Mitteln der Erpressung zu Stande. Nach dem Motto: „Entweder Du machst eine Gemeinschaftsschule, oder wir machen Dir die Schule dicht“.

Es helfe auch nicht weiter, wenn es um die Finanzierung der Ganztagschulen gehe, ständig nach dem Bund zu rufen. Man könne nicht im Bundesrat sämtliche Projekte der Bundesregierung durch Obstruktionspolitik torpedieren und gleichzeitig den Bund ständig anpumpen. Hier räche sich die desaströse Haushaltspolitik der grün-roten Landesregierung einmal mehr.

Darüber hinaus müsse sich diese Regierung endlich entscheiden, wie es mit dem Gymnasium weiter gehe. Entweder man mache flächendeckend G8, oder man biete allen Kindern, die das wünschen, einen G9-Platz an. Der unsinnige Formelkompromiss von Grün-Rot zum Schutze der Gemeinschaftsschule sei kompletter Unfug und mache einmal mehr deutlich, dass diese Landesregierung dem Gymnasium generell feindlich gegenüber stehe, so Hans-Ulrich Rülke.